

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 85 / 23. 05. 2005

In eigener Sache:

Leider wurden mal wieder Nazi-Spams auch unter der Adresse info@safer-world.org verschickt. **Ich distanziere mich ausdrücklich von den Inhalten dieser Mails.**

Durch die Spam-flut kann es sein, dass emails von Ihnen an mich geloescht wurden. Bitte versuchen Sie es dann noch einmal, evt. ueber die Adresse Scherrmann@safer-world.org

=====

AKTIV

Online-Umfrage zur Atomenergie

Anbei zwei Links zu aktuellen Online-Umfragen zur Atomenergie.

n-tv sowie der Bayerische Rundfunk machen aktuell auf ihren Internetseiten Befragungen, ob der Ausstieg aus Atomkraft machbar sei oder nicht. Das Ergebnis bisher: 70% der Teilnehmer haben sich auf beiden Seiten gegen einen Ausstieg ausgesprochen!

Die Umfrage läuft noch, über folgende Links können Sie sich beteiligen und Ihre Meinung einbringen:

<http://www.n-tv.de>

www.br-online.de/bayern-heute/artikel/0505/11-atomausstieg

Von Greenpeace: 19.05.05

Weniger Schutz vor Pestiziden in Lebensmitteln / Greenpeace: EU und Künast erhöhen Grenzwerte für 33 hochgiftige Spritzmittel

Hamburg (ots) - Die EU-Kommission und das deutsche Verbraucherministerium muten Verbrauchern immer höhere Dosen gefährlicher Agrargifte in Lebensmitteln zu. Aus einer im Auftrag des Greenpeace-EinkaufsNetzes erstellten Untersuchung geht hervor, dass seit 2001 die Grenzwerte von 33 besonders gefährlichen Spritzmitteln erhöht wurden. Darunter sind auch Mittel, die das Erbgut schädigen können und die als krebserregend, hormonell wirksam, fortpflanzungsschädigend oder besonders giftig für die Umwelt eingestuft werden. Greenpeace fordert Verbraucherministerin Renate Künast auf, eine Initiative zum Verbot von gefährlichen Pestizidwirkstoffen in der EU zu starten. Die zulässigen Höchstmengen für Pestizide müssen unverzüglich auf den Vorsorgewert von 0,01 Milligramm pro Kilogramm gesenkt werden. Ab diesem Wert können Labore die Belastung nachweisen.

"Anstatt gefährliche Pestizide zu verbieten, erhöhen die staatlichen Verbraucherschützer die Grenzwerte und servieren uns Lebensmittel mit immer höherem Giftgehalt. So werden zwar die Interessen der Chemieindustrie und besonders spritzwütiger Landwirte geschützt, aber die Gesundheit der Verbraucher bleibt auf der Strecke", sagt Manfred Krautter, Chemieexperte von Greenpeace. "Nur von Bio-Ware können Verbraucher heute pestizidfreie Qualität erwarten."

Seit Einrichtung des Verbraucherministeriums im Jahr 2001 wurden bei insgesamt 126 Pestizid-Wirkstoffen die für pflanzliche

Lebensmittel geltenden Grenzwerte angehoben. 33 dieser Spritzmittel gelten für Mensch und Umwelt als hoch gefährlich. Wie aus der Greenpeace- Untersuchung hervorgeht, ist jedes davon in mindestens drei von insgesamt zwölf ausgewerteten international anerkannten "Schwarzen Listen" für besonders gefährliche Chemikalien aufgeführt. Doch selbst für diese Gifte wurden die Höchstmengen bis zum 300-fachen erhöht.

Als "höchst gefährlich" stuft die Weltgesundheitsorganisation beispielsweise das Insektizid Methomyl ein, die EU listet es als "hormonell wirksam". Die Grenzwerte für Methomyl wurden dennoch in Mandarinen und Zitronen um das 20-fache und in Tomaten und Pflaumen um das 10-fache angehoben. Von Dimethoat, einem Insektizid der BASF, dürfen in Kirschen 20-mal und in Frühlingzwiebeln 40-mal mehr enthalten sein, obwohl es das internationale Pestizid-Aktions-Netzwerk als "besonders schädlich für Mensch und Umwelt" einstufte. Dimethoat kann die Entwicklung des Kindes im Mutterleib stören und steht im Verdacht, Krebs auszulösen.

Verantwortlich für die Festlegung der Pestizid-Höchstmengen sind die EU-Kommission und das deutsche Verbraucherministerium. Deren Entscheidungsgrundlagen bleiben jedoch geheim: Wissenschaftlichen Untersuchungen, Stoffdaten und EU-interne Entscheidungsprozesse zur Festlegung von Pestizid-Höchstmengen sind bislang für die Öffentlichkeit weitgehend unzugänglich. Greenpeace fordert, dass die Unterlagen und die Entscheidungswege zur Festsetzung von Pestizidhöchstmengen in Deutschland und der EU öffentlich gemacht werden. **Für eine bessere Pestizidpolitik können Verbraucher eine Protestpostkarte über www.einkaufsnetz.org an das Verbraucherministerium schicken.**

. Den Untersuchungsbericht (28 S.) erhalten sie unter www.einkaufsnetz.org oder unter Tel. 040-30618-357.

Originaltext: Greenpeace e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.

[/story.htx?firmid=6343](http://story.htx?firmid=6343)

Internet: www.greenpeace.de

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Auszug aus electrosmog-news 29.04.2005 Von der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog

Strahlung von Mobilfunksende-Anlagen beeinflussen Gehirnströme Salzburger Umweltmediziner Oberfeld stellt Ergebnisse einer neuen Studie vor

(LK) „Die Ergebnisse einer neuen Studie zeigen weltweit erstmals, dass die Einstrahlung einer Mobilfunksendeanlage (GSM 900/1800 MHz) in etwa 80 Metern Entfernung zu signifikanten Veränderungen unterschiedlicher EEG-Parameter führt. Die gemessenen Veränderungen der Gehirnströme sind mit verschiedenen vegetativen und zentralnervösen Störungen, über die die Probanden berichteten, in Zusammenhang zu bringen.“ Dies teilte heute, Mittwoch, 27. April, der Salzburger Umweltmediziner Dr. Gerd Oberfeld vom Referat „Gesundheit, Hygiene und Umweltmedizin“ des Landes mit.

In der Studie wurden zur Auswertung die Elektrodenpaare im Hinterhauptslappen und Scheitellappen herangezogen und für drei Frequenzbänder Alpha 1 (8-10 Hz), Alpha 2 (10-12 Hz) und Beta (13-20 Hz) untersucht. Ausgehend von der Phase geringer Strahlenbelastung kam es zu einer Aktivitätsänderung in allen drei Frequenzbändern. Diese Veränderungen können zusammenfassend als Reaktion des Gehirns auf einen äußeren Reiz – im speziellen Fall durch die Strahlung einer GSM-Mobilfunksendeanlage - angesehen werden. Äußere Reize, die zu einer Reaktion des biologischen Systems führen, werden als externe Stressoren bezeichnet. Stressoren sind nicht grundsätzlich negativ (Eustress), können jedoch bei zu häufigem Auftreten bzw. bei zu großer Intensität in Abhängigkeit von der Empfindlichkeit des betroffenen Menschen zu Störungen der Lebensqualität, der

Arbeitsleistung und der Gesundheit führen (Disstress), erläuterte Dr. Oberfeld. Aufgrund der von fast allen Studienteilnehmern geschilderten zum Teil erheblichen Störungen des Wohlbefindens ist zumindest bei auf Mobilfunkstrahlung empfindlichen Personen bereits bei einer kurzzeitigen Einwirkung eine Disstressreaktion anzunehmen.

Strahlung muss reduziert werden

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, so Oberfeld in Zusammenschau mit den vorliegenden empirischen Daten, die Notwendigkeit, die Gesundheitsbelastung durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung zu reduzieren und die Forschung zu intensivieren. Die Ergebnisse zeigen weltweit erstmals, dass die Einstrahlung einer Mobilfunksendeanlage (GSM 900/1800 MHz) in etwa 80 m Distanz zu signifikanten Veränderungen unterschiedlicher EEG-Parameter führt. Es ist geplant, diese Ergebnisse in internationalen Fachzeitschriften zu veröffentlichen und die jetzt gefundenen Resultate durch weitere Untersuchungen abzusichern. Dazu werden schon jetzt freiwillige Studienteilnehmer ab 16 Jahren gesucht, die sich als empfindlich oder unempfindlich gegenüber Mobilfunksendeanlagen bezeichnen. Interessenten werden ersucht, sich an die Umweltmedizin des Landes Salzburg unter der Telefonnummer (0662) 8042-2969 zu wenden. Die Untersuchung wurde aus Geldern der Salzburger Landesregierung finanziert.

Rudolf-Steiner-Schule war Projektauslöser

Die Rudolf-Steiner-Schule in Salzburg-Mayrwies liegt im Hauptstrahl der Mobilfunksendeanlage am benachbarten Wählamt der Telekom Austria. Die höchsten Strahlenpegel wurden bei geöffnetem Fenster im Religionsraum 1 im ersten Stock der Schule in etwa 80 m Distanz zum Sender gemessen. Mehrere Versuche der Schule zur Entfernung des Senders waren bisher vergeblich.

In einer interdisziplinären Arbeitsgruppe bestehend aus Dr. med. univ. Gerd Oberfeld, Umweltmediziner des Landes Salzburg (Studienleiter), Dr. Hannes Schimke (EEG-Brainmapping / Psychophysiologie / Statistik) und Univ. Prof. Dr. Günther Bernatzky (Arbeitsgruppe für Neurodynamics und Neurosignalling der Universität Salzburg) wurde ein innovatives Studiendesign erstellt. Unterstützt wurde die neurophysiologische EEG-Befundung durch Dr. med. univ. Gernot Luthringshausen, Neurologe/EEG. Untersuchungsziel war die Abklärung eines möglichen Zusammenhangs zwischen der Einstrahlung der Mobilfunksendeanlage und der Beeinflussung der Gehirnaktivität bei erwachsenen Studienteilnehmern.

Schulklasse wird zum Strahlenlabor

Unterstützt durch die Rudolf-Steiner-Schule wurde im August 2004 der Religionsraum 1 für eine Woche zum Studienlabor. Die dem Sender zugewandte Seite wurde mit einem Abschirmstoff verhängt, nur eine kleine Fläche im geöffneten Fenster wurde mit einem normalen Stoff versehen, um die hochfrequente Strahlung in den Versuchsraum zu lassen. Diese Öffnung konnte nun sehr einfach durch einen zweiten kleinen Abschirmvorhang verschlossen und wieder geöffnet werden.

Die hochfrequente Einstrahlung im Religionsraum wurde durch die nahe Mobilfunksendeanlage dominiert. Am Untersuchungsplatz ergaben sich im ungeschirmten Zustand als Maximalwert für TV-Sender Pegel von $0,03 \mu\text{W}/\text{m}^2$, für UKW von $3 \mu\text{W}/\text{m}^3$ und für die Mobilfunksendeanlage von $6290 \mu\text{W}/\text{m}^2$. Während der gesamten Untersuchung wurden neben der Aufzeichnung der Strahlenbelastung durch die Mobilfunksendeanlage direkt neben dem Studienteilnehmer verschiedene Umweltparameter wie Schallpegel (Umweltschutzabteilung des Landes Salzburg), Kohlenstoffdioxid, Temperatur, relative Luftfeuchtigkeit, magnetische Wechselfelder (können z.B. bei Stromflüssen in Leitungen auftreten) und die Sfericsaktivität (Auslöser von Wetterbeschwerden) erhoben.

Studienteilnehmer im Alter zwischen 20 und 78 Jahren

Neun Frauen und drei Männer im Alter zwischen 20 und 78 Jahren, die sich selber gegenüber Mobilfunksendeanlagen als empfindlich bezeichneten, stellten sich freiwillig für das Experiment zur Verfügung. Es wurde den Teilnehmern freigestellt, die Untersuchung jederzeit abzubrechen. Die zeitliche Abfolge der Belastung wurde den Teilnehmern nicht mitgeteilt.

Die Studienteilnehmer wurden in einen bequemen Polstersessel mit dem Rücken zum geöffneten Fenster gesetzt. Die Einstrahlung erfolgte leicht schräg auf den Hinterkopf. Die Belastung des

Oberkörpers betrug bedingt durch die Abschirmung etwa 1/8 der Kopfbelastung. Anschließend wurden zur Aufzeichnung der bioelektrischen Aktivität des Gehirns (Elektroenzephalogramm-EEG) mehrere Elektroden verteilt auf dem Kopf angebracht. Um die Wirkungen anderer Umweltreize zu minimieren, erhielten die Studienteilnehmer eine dunkle Augenmaske (Schlafmaske) und Ohrenwachs (Ohropax) beidseits. Die Untersuchung erfolgte in Ruhe, Bewegungen wurden mit Ausnahme der Atmung und des Schluckens vermieden. Zu Beginn des Versuches war die Strahlenbelastung im Raum bzw. bei der Versuchsperson deutlich reduziert und betrug im örtlichen und zeitlichen Mittel im Kopfbereich etwa 26 $\mu\text{W}/\text{m}^2$. Danach wurde für 15 Minuten der zweite kleine Abschirmvorhang unmerkbar für die Studienteilnehmer angehoben. Dies führte zu einem Anstieg der Leistungsflussdichte auf etwa 3327 $\mu\text{W}/\text{m}^2$. Danach folgte wieder eine geschirmte Phase mit etwa 26 $\mu\text{W}/\text{m}^2$.

Nach Abschluss der EEG-Aufzeichnungen wurden die Studienteilnehmer gebeten, allfällige Wahrnehmungen zu schildern. Elf der zwölf Studienteilnehmer schilderten verschiedene Symptome wie etwa Bienenkorbsurren im Kopf, Herzklopfen, Unbehagen, Benommenheit, Herzbeklemmung, Atemnot, Nervosität, Unruhe, Kopfschmerzen, Ohrgeräusch, Hitzegefühl, Niedergeschlagenheit, Gefühl nicht genug Luft zu bekommen.
J86-11B

<http://www.salzburg.at/themen/leben/gesundheit.html?NewsID=76038>

Dazu auch: Studie: Handy-Masten beeinflussen Hirnströme <http://omega.twoday.net/stories/657032/>

=====

GENTECHNISCH MODIFIZIERTES SAATGUT

Von Greenpeace, 26.04.05

Syngenta will weltweite Patent-Monopole auf Reis / Greenpeace wirft Agrarchemiekonzern Täuschung vor

Hamburg (ots) - Der Schweizer Gentechnikkonzern Syngenta hat nach Recherchen von Greenpeace weltweite Monopolrechte am so genannten "Goldenen Reis" beantragt. Die Patentanmeldung aus dem Jahr 2004 (WO 04/085656) erstreckt sich auf das Verfahren, das Saatgut und die Pflanzen der genmanipulierten Reissorte. Das Patent ist in mehr als hundert Ländern angemeldet. Sogar in Entwicklungsländern, in denen das Saatgut eigentlich kostenlos abgegeben werden soll, würde das Patent greifen.

Mindestens fünf zusätzliche Patente wurden zudem auf wichtige Gen-Abschnitte normaler Reispflanzen angemeldet. Greenpeace und Schweizer Umweltorganisationen werfen dem Konzern anlässlich seiner heutigen Hauptversammlung in Basel/Schweiz vor, die Öffentlichkeit über seine wahren Absichten vorsätzlich zu täuschen. Greenpeace fordert Syngenta auf, die Patentanträge zurückzuziehen. Die Politik muss zudem die Patentierung von Saatgut und Lebewesen verbieten.

"In ihren Veröffentlichungen behauptet die Firma Syngenta ausdrücklich, kein kommerzielles Interesse am sogenannten 'Goldenen Reis' zu haben, sondern ausschließlich humanitäre Interessen zu verfolgen. Wer aber Patente anmeldet, will an ihnen verdienen", sagt Patentexperte Christoph Then von Greenpeace. "Scheinbar hat Syngenta grundsätzlich Probleme mit der Wahrheit. Auch den jüngst bekannt gewordenen Bt10-Skandal, der zur Kontamination von Maislieferungen mit der nicht zugelassenen Gen-Maissorte führte, hat die Firma geheim gehalten. Die jetzt aufgedeckten Patentanmeldungen zeigen das wahre Gesicht eines Konzerns, der weltweit Monopolrechte in Pflanzenzucht, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion durchsetzen will und dafür auch die Gefährdung von Menschen und Umwelt in Kauf nimmt."

Die Agrarindustrie argumentiert seit Jahren, gentechnisch manipulierter Reis solle vor allem dazu dienen, Mangelkrankungen zu bekämpfen. Greenpeace wirft der Industrie dagegen vor, die Probleme der Entwicklungsländer zu missbrauchen, um ihre Gen-Pflanzen durchzusetzen.

Beispiellos in der Pflanzenzucht sind die Patentanträge auf das Reis-Erbgut. Sie umfassen über 1000 Gen-Abschnitte und betreffen auch die normale Züchtung der Pflanzen. Die Ansprüche von

Syngenta sind auf die wichtigsten Regulationsgene für Wachstum, Krankheitsresistenz und Nährstoffgehalt der Pflanzen gerichtet. Beansprucht werden sogar alle Gene auch in anderen Pflanzenarten mit ähnlicher Struktur und Funktion. Agrarwissenschaftler warnen davor, dass Patente Forschung und Pflanzenzüchtung behindern und die Existenz von Landwirten gefährden, die ihre eigene Ernte nicht mehr zur Aussaat verwenden dürfen.

"Es ist keinesfalls ausreichend, wenn Syngenta jetzt behauptet, die Patente würden nicht genutzt oder an irgendwelche Forscher verschenkt. Die Laufzeit eines Patentes beträgt 20 Jahre. In diesem Zeitraum kann ein Patent jederzeit wieder aktiviert werden", sagt Then.

Originaltext: Greenpeace e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.
[/story.htx?firmaid=6343](http://story.htx?firmaid=6343)

=====
INFOS

Von *Für Sie* - 30.04.05

Frauen reagieren auf Medikamente anders als Männer

Hamburg (ots) - Eine Tatsache, die in Pharmastudien jahrelang ignoriert wurde: Unterschiede in Hormonhaushalt und Stoffwechsel, bei Gewicht sowie Fett- und Muskelmasse haben zur Folge, dass Frauen auf viele Mittel anders als Männer reagieren. Das meldet die Frauenzeitschrift FÜR SIE in ihrer aktuellen Ausgabe vom 30. April 2005 und beruft sich dabei auf neueste wissenschaftliche Erkenntnisse. "Grundsätzlich sollten sich Frauen deshalb bei der im Waschzettel angegebenen Dosierung nach der niedrigeren Menge richten", rät Dr. Astrid Bühren, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes.

Der häufig verschriebene Blutdrucksenker Verapamil beispielsweise reduziert Blutdruck und Herzfrequenz bei Frauen deutlich stärker als bei Männern. Eine für Männer unproblematische Dosis kann hingegen bei Frauen sogar zur Ohnmacht führen. Umgekehrt verhält es sich etwa beim bekannten Blutverdünner Acetylsalicylsäure (ASS, Aspirin). Sie hemmt das Verklumpen von Blutplättchen bei Frauen deutlich schwächer als bei Männern.

Außerdem: Verglichen mit Männern erleben einige Frauen bestimmte Krankheiten kurz vor der Menstruation als besonders heftig. Dazu gehören Asthma, Arthritis, Migräne, Diabetes, Depression und Epilepsie. Um einen "Schub" zu vermeiden, hilft es Betroffenen nur, an diesen Tagen noch besser darauf zu achten, den auslösenden Faktoren aus dem Weg zu gehen.

Auch Krankheitssymptome und -risiken können je nach Geschlecht unterschiedlich sein, berichtet FÜR SIE. So kündigt sich zum Beispiel ein Herzinfarkt bei Frauen oft mit Übelkeit, Atemnot und Schmerzen im Rücken an. Und bei Frauen mit Typ-2-Diabetes steigt das Risiko, eine koronare Herzkrankheit zu erleiden, um das Vier- bis Sechsfache, während es sich bei Männern lediglich verdoppelt.

Diese Meldung ist unter Quellenangabe FÜR SIE zur Veröffentlichung frei

Originaltext: Für Sie

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.
[/story.htx?firmaid=6558](http://story.htx?firmaid=6558)
<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=674559>

Anmerkung Scherrmann: Ich denke, was fuer Medikamente gilt, wird auch fuer Chemikalien gelten.

Von Women in Europe for a Common Future, Germany

Daniela Rosche, WECF's policy coordinator, stellte dem Vorstand und den Anteilseigner folgende 3 Fragen auf der jährlichen Hauptversammlung der BAYER AG am Freitag 29. April 2005:

1. Wie können wir für uns und unsere Kinder sichere Produkte kaufen, wenn es keine oder nur ungenügend Informationen darüber gibt?

2. Auf ihrer Internet-Seite las ich, dass sie ein neues Bayer schaffen wollen. Wenn das so ist, warum setzen sie sich dann in Brüssel für Veränderungen am REACHVorschlag ein, die ihnen und uns allen nur Nachteile bringen werden, da sie keinerlei Beitrag zum Gesundheitsschutz, geschweige denn Umweltschutz leisten werden? Ist Ihnen die Gesundheit ihrer Familie, ihrer Arbeitnehmer und nachkommender Generationen wirklich egal?

3. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass es sinnvoller und effizienter ist die Hauptursachen von Gesundheits- und Umweltproblemen zu beseitigen. Dies spart vor allem Kosten- better safe than sorry- wie große Chemiekatastrophen gezeigt haben. Warum wenden sie sich dann so vehement gegen fortschrittliche eco - effiziente, innovative Konzepte wie die Substitution der gefährlichsten Chemikalien, ein Knackpunkt in der gegenwärtigen REACH Diskussion?

Diese Fragen wurden ausführlich - wenn auch nicht befriedigend - von BAYER beantwortet. Das gesamte Statement kann auf unserer homepage als PDF heruntergeladen werden unter: <http://www.wecf.de/cms/articles/2005/05/bayer.php>

Women in Europe for a Common Future, Germany
WECF e.V Email: sonja.haider@wecf.org Website: <http://www.wecf.org>

KRANKHEITEN - HODENKREBS

20.05.05 Hodenkrebs nimmt stark zu - Verdoppelung der Erkrankungszahl seit 1980

Baierbrunn (ots) - Ein starker Anstieg der Zahl an Hodenkrebsfällen in Deutschland macht den Ärzten Sorgen. Weltweit erkranken nur in Dänemark mehr junge Männer an diesem Krebs. "Warum die Zahl der Neuerkrankungen gerade in Deutschland seit Jahren steigt, ist nicht geklärt", sagt Prof. Christoph Clemm vom Tumortherapiezentrum im Münchener Klinikum rechts der Isar im Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". Eine aktuelle Studie des Berliner Robert-Koch-Instituts hat eine Verdoppelung der Erkrankungszahl seit 1980 ergeben. Betroffen sind überwiegend junge Männer zwischen 20 und 35 Jahren. Besonders sie sollten ihre Hoden regelmäßig abtasten. Jede Schwellung muss vom Arzt abgeklärt werden. Hodenkrebs ist heute zu 90 Prozent heilbar - je früher er erkannt wird, desto größer ist die Heilungschance.

Das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" 5/2005 B liegt in vielen Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben.

Mehr Texte auch online: www.GesundheitPro.de > Button "Apotheken Magazine" > Presse-Service

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau

Anmerkung Scherrmann: Es ist offensichtlich, dass die Autoren das inzwischen fast 10 Jahre alte Buch "The stolen Future" bzw. "Die bedrohte Zukunft" von Theo Colborn, Dianne Dumanoski und Joh Peterson Myers und die dem Buch zugrundeliegende Forschungsarbeiten nicht kennen.

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

10.05.2005

Interview zu Nazi-Professoren: "Die Ehemaligen wurden gebraucht"

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Personal an Deutschlands Universitäten keineswegs komplett ausgetauscht. Im UniSPIEGEL-Interview erklärt der Berliner Historiker Michael Grüttner, warum selbst begeisterte Nationalsozialisten in Amt und Würden zurückkehren konnten.

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,druck-351352,00.html>

Anmerkung Scherrmann: Interessant in diesem Zusammenhang wäre, genauer nachzuforschen, wie

sich sich die Denke dieser "Ehemaligen" in den Bereichen Toxikologie, Hygiene, Arbeitsmedizin und Psychiatrie auf die Denke der heutigen universitären Umweltmedizin auswirkte, d. h. wie diese "Ehemaligen", und wie bestimmte Lehrstühle die heute gängigen Fehldiagnosen und Fehltherapien von Schadstoffinduzierten Krankheiten (SIKs) beeinflussten und bis heute noch beeinflussen.

Europäer sind schmerzgeplagt

Chronische Schmerzen bescheren der Wirtschaft saftige Einbußen in Milliardenhöhe
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050510044>

07.05.1005

Genf wird Sitz der UNO-Kontrollstelle für Chemikalien

Schweizer Kandidatur in Punta del Este gutgeheissen
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050506045>

Gen-Mäuse: Längeres Leben durch Bekämpfung von Schadstoffen

Washington (dpa) - Durch die gezielte Bekämpfung bestimmter Schadstoffe im Körper haben US-Forscher das Leben von Labormäusen um bis zu 20 Prozent verlängert. Das Experiment weist erstmals an Säugetieren nach, dass die Unterdrückung schädlicher...
<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=5&d=8&id=118926>

Anmerkung Scherrmann: Wen wundert's?

06.05.2005

Schädigen „Pille“ und Plastikzusatzstoffe männliche Feten?

COLUMBIA/MISSOURI. Östrogene aus Kontrazeptiva und ein in Plastikfolien und Getränkepackungen enthaltener östrogenartiger Zusatzstoff können bei Mäusen eine Entwicklungsstörung der Prostata ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=13088&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

TERMINE

Hamburg, 11.5.2005 **PAN Germany bei McPlanet**

Das Pestizid Aktions-Netzwerk .e.V. führt im Rahmen des McPlanet Kongresses in Hamburg am 4. Juni einen Workshop rund um das Thema Bio-Baumwolle durch. Die Podiumsdiskussion beleuchtet verschiedene Aspekte des Handels mit ökologisch erzeugter Baumwolle und die Rolle daran beteiligter Partner.

Baumwolle steht als Symbol für ungerechten und entwicklungshemmenden Handel. Die Deutschen sind globale Spitzenreiter im Textilverbrauch. Nur der geringste Teil der Textilien entspricht aber nachhaltigen Kriterien.

Dass eine Alternative besteht, beweist der Öko-Anbau. Er schont Umwelt und Gesundheit und unterstützt eine positive Entwicklung der beteiligten Bauernfamilien und der ländlichen Regionen insgesamt.

Mit dem **Workshop „McCotton – Ein gerechter Handel mit Baumwolle ist möglich“** führt PAN Germany eine Podiumsdiskussion durch, die verschiedene Aspekte des Handels mit ökologisch erzeugter Baumwolle beleuchtet und die Rolle der verschiedenen Stakeholder auslotet. VertreterInnen aus Handel, Entwicklungszusammenarbeit, Nichtregierungsorganisationen und Bio-Baumwollprojekten diskutieren, wie die Nachfrage nach Textilien aus Bio-Baumwolle in Deutschland und Europa gesteigert werden kann.

Der Workshop wird im Rahmen des McPlanet Kongresses veranstaltet, der gemeinsam von Attac, Bund für Umwelt und Naturschutz und Greenpeace in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und der Heinrich Böll Stiftung durchgeführt wird. Der Kongress findet in diesem Jahr vom 3. bis 5. Juni in der Universität Hamburg statt. Unter dem Titel

„Konsum.Globalisierung.Umwelt“ werden über 1.000 Teilnehmer zu der Veranstaltung erwartet. Eine Anmeldung zur Teilnahme am Kongress ist noch bis zum 15. Mai möglich.

Näheres zum McPlanet Kongress im Internet unter <http://www.mcplanet.com> Programmankündigung im Internet unter
Url steht nicht mehr oder mit geänderter Adresse im Internet

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

Fr, 20.05.2005 Umwelt/Antrag UNION: CHEMISCHE STOFFE ANHAND EINES RISIKOBASIERTEN SYSTEMS REGISTRIEREN

Berlin: (hib/MMÜ) Das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene System zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien (REACH) soll laut einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion (15/5454) nicht ausschließlich auf der Menge eines chemischen Stoffes basieren, sondern Chemikalien in erster Linie anhand des Risikos für Menschen und Umwelt registrieren. Die Union greift hierbei die Empfehlung der Niederlande auf, wonach die "Prioritäten nach dem Gefährdungspotenzial" festzulegen sind. Somit könne die Einschätzung der "abstrakten Gefährlichkeit" eines Stoffes implizit erfolgen.

Um das konkrete Risiko bei der Aussetzung einer Chemikalie gegenüber Mensch und Umwelt zu beurteilen, schlägt die CDU/CSU vor, das Konzept des Ökoinstitutes Freiburg umzusetzen. Durch die Zusammenfassung verschiedener "Belastungssituationen" könnten so die Schutz- und Präventionsmaßnahmen entsprechend angepasst werden.

Sollte der Kommissionsvorschlag in seiner jetzigen Form umgesetzt werden, sieht die Union die Gefahr einer Schädigung der europäischen Chemieindustrie. So würden die Registrierungskosten für eine Chemikalie bis zu 500.000 Euro betragen.

Zudem würde das hierfür notwendige Verfahren einen Zeitaufwand von sechs bis 15 Monaten erfordern, wodurch bei der Markteinführung neuer Stoffe der Innovationsvorsprung verloren ginge. Die CDU/CSU-Fraktion schätzt, dass somit "20 bis 40 Prozent der in Europa hergestellten Stoffe" nicht mehr rentabel produziert werden könnten und es infolge dessen zu Standortverlagerungen in das außereuropäische Ausland kommt. Die Abgeordneten fordern deshalb ein unbürokratisches, flexibles und kostengünstiges REACH-System.

Hierzu sollte die Europäische Chemikalienagentur größere Entscheidungskompetenzen erhalten, um eine zentrale und einheitliche Stoffbewertung vorzunehmen.

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

06.05.2005 Können Toner die Gesundheit beeinträchtigen? BfR prüft mögliche Zusammenhänge in einer Pilotstudie

Das BfR will mögliche Zusammenhänge zwischen dem Einsatz von Tonern und gesundheitlichen Beeinträchtigungen in einer Pilotstudie prüfen. In den letzten fünf Jahren haben Ärzte dem BfR rund 90 Fälle gemeldet, in denen nach der Benutzung von Laserdruckern und Kopierern überwiegend allergische Reaktionen aufgetreten sind. Wissenschaftliche Studien, die sich mit der Wirkung von Tonerstaub auf den Menschen beschäftigt haben und die als Basis für eine Risikobewertung dienen könnten, fehlen. „Die Pilotstudie soll uns nun erste Hinweise darauf liefern, ob der Betrieb von Laserdruckern und Kopierern die Innenraumluftqualität so beeinflussen kann, dass die Gesundheit geschädigt werden kann“ sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel.

Hinweise auf gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Toner kamen zuerst aus dem arbeitsmedizinischen Bereich. Die Betroffenen klagten vor allem über allergische Symptome: Die Nase lief, Augen und Rachen schmerzten, zum Teil trat asthmaähnlicher Husten auf. Im Jahr 2000 forderte das Vorläuferinstitut des BfR deshalb dazu auf, dem Institut entsprechende Fälle zu melden. In seiner Broschüre „Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2002“ hat das Institut das Krankheitsbild beschrieben und Ärzte in Praxen und Gesundheitsämtern erneut für derartige Symptome und

Zusammenhänge sensibilisiert. Bis heute wurden rund 90 Fälle von Ärzten und Berufsgenossenschaften dokumentiert und an das BfR gemeldet. Die Interessengemeinschaft der Toner geschädigten beziffert die Zahl der Betroffenen mit mindestens 700.

„Die besondere Herausforderung bei der Bewertung möglicher gesundheitlicher Risiken, die von Tonern ausgehen können, liegt in der Vielzahl der in Frage kommenden Quellen potenziell gefährlicher Stoffe“, sagt Dr. Wolfgang Lingk, im BfR als Abteilungsleiter verantwortlich für die Sicherheit von Stoffen und Zubereitungen. „Einerseits ist nicht bekannt, aus welchen chemischen Komponenten handelsübliche Toner bestehen. Andererseits müssen neben den Inhaltsstoffen von Tonern auch andere aus dem Druckprozess freigesetzte Stoffe wie etwa Papierstäube oder der Materialabrieb der Maschinen berücksichtigt werden“. Druck- und Kopiervorgänge stellen komplexe physikalische und chemische Prozesse dar, bei denen flüchtige organische Verbindungen unterschiedlicher chemischer Klassen, kleinste Partikel aus Tonern und Papieren sowie Gase freigesetzt und in die Innenraumluft abgegeben werden. Für die Nutzer von Laserdruckern und Kopierern resultiert daraus eine mehr oder minder hohe Exposition gegenüber einer Reihe von Substanzen, darunter auch solche mit gesundheitsschädlichem Potenzial.

Hersteller von „gefährlichen Produkten“ sind verpflichtet, dem BfR ihre Rezepturen und damit die Inhaltsstoffe mitzuteilen, damit im Vergiftungsfall schnell wirksame Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Toner gehören aber nicht zu den „gefährlichen Produkten“. Für sie gilt die Rezepturmeldepflicht deshalb nicht. Für die Bewertung des gesundheitlichen Risikos, das Toner für die Benutzer von Laserdruckern und Kopierern bergen könnten, bittet das Institut die Hersteller trotzdem um Informationen zur Zusammensetzung ihrer Produkte.

Die Pilotstudie zur Gesundheitsgefährdung durch Toner soll in Kürze beginnen und wird etwa ein Jahr dauern. Sie wird im Auftrag und aus Mitteln des BfR am Institut für Innenraum- und Umwelttoxikologie der Universität Gießen durchgeführt. Leiter der Pilotstudie wird Professor Dr. Volker Mersch-Sundermann sein, der in Gießen den Lehrstuhl für Umwelttoxikologie inne hat. Im Rahmen der Studie, für die Mersch-Sundermann einen Designentwurf vorgelegt hat, sollen sowohl personen-, als auch umwelt- und arbeitsplatzbezogene Daten erhoben und in Beziehung gesetzt werden.

Bei der Bewertung möglicher Gesundheitsschädigungen durch Toner steht das BfR im wissenschaftlichen Austausch mit anderen Bundeseinrichtungen, die sich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Fragestellungen mit der Problematik befassen. Dazu gehören das Bundesamt für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in Dortmund, die Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin und das Umweltbundesamt in Dessau.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf unserer Homepage (www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt „Chemikalien/Vergiftungen“.

Dokumente -Gesundheitsgefährdung durch Toner (Ergänzte Stellungnahme Nr. 017/2005 des BfR vom 02.03.2005) (PDF-Datei, 38.5 KB)

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Gesünder wohnen – aber wie? Praktische Tipps für den Alltag

Schimmelpilze, „Schwarze Wohnungen“, Lärm, Radon und „Elektrosmog“ sind immer wieder Gegenstand von Anfragen an das UBA. In dieser Broschüre werden wohnhygienische Probleme allgemeinverständlich dargestellt, Ursachen aufgezeigt und Empfehlungen zur Vermeidung oder Verminderung gegeben.

Die Broschüre steht zum kostenlosen Download unter: <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2885.pdf>

11. 05 2005 Klimaschutz und Emissionshandel:

Nationale Umsetzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Umweltbundesamt als zuständige Behörde benannt

Am 04. Mai 2005 hat das Bundeskabinett das Projekt-Mechanismen-Gesetz – ProMechG beschlossen. Als zuständige nationale Behörde für die Einführung der flexiblen Mechanismen des

Kyoto-Protokolls ist das Umweltbundesamt (UBA) benannt. „Damit baut das Umweltbundesamt seine Kompetenz im internationalen Klimaschutz weiter aus,“ sagt Professor Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes.

Das Kyoto-Protokoll sieht neben dem Emissionshandel zwei weitere Instrumente zum Schutz des Klimas vor, die den Vertragsstaaten Flexibilität bei der Umsetzung ihrer Emissionsminderungsziele erlauben. Mit den projektbezogenen Mechanismen können Emissionsgutschriften erzeugt und diese im Emissionshandel genutzt werden: Clean Development Mechanism (Mechanismen für umweltgerechte Entwicklung in weniger entwickelten Ländern) ab 2006 und Joint Implementation (Gemeinschaftsprojekte zwischen Industrieländern) ab 2008.

Das ProMechG enthält die deutschen Rechtsgrundlagen für die Durchführung von CDM- und JI-Projekten und setzt damit die „Linking Directive“ der EU um. Die zuständige nationale Behörde prüft zum Beispiel, ob die Projekte den klimaschutzpolitischen Anforderungen entsprechen.

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-026.pdf>
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-026.htm>

=====

Ende des newsletter/d/85

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden. Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt